

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Welt und Zeit“. Es ist Publikationsorgan der Gewerkschaften u. anerkannter Organisations u. öfentl. Organ vertrieb. Vertriebs- u. Schriftleitung: G. Mühlentzsch & Vertriebsstellen Nr. 24605, 24607, 24608. Veränderte Anzeigenverteilung mit Wirkung vom 1. bis 2. Dez. — Anzeigenpreis einschließlich Postzinsen ist nach dem Tarif zu bestimmen

Wesenspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionspreis, wofür 2,00 RM. für Abnehmer wöchentlich 0,50 RM. Vorbestellungspreis 2,00 RM. durch Vorbestellen angefordert. Einzelheft 20 Pf. — Einzelheftpreis 15 Pf. im Umkreis und 20 Pf. im Restland der Reichswehr. Bestellschaltstelle: G. Mühlentzsch & Vertriebsstellen Nr. 24605, 24607, 24608. Postfachkonto 20110 Erfurt

Angst um den Anschluß Oesterreichs an Deutschland

Protest gegen Zollabkommen

Diplomatische Schritte Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei in Wien

Das deutsch-österreichische Zollabkommen hat in einigen Ländern große Beunruhigung hervorgerufen. In England wird die Angelegenheit im allgemeinen zurückhaltend betrachtet. Die liberalen Blätter äußern sich sogar feindselig zu dem Abkommen. Das Blatt der Arbeiterpartei, der „Daily Herald“, nennt sogar die Klausel des Vertrages von St. Germain, die den politischen Zusammenhang zwischen Deutschland und Oesterreich verbietet, eine der größten Vorzügen der Friedensschlüsse von 1919.

Trotzdem ist der „Daily Herald“ befaßt über die Rückwirkungen auf Frankreich und die europäische Lage. Die Nervosität in Europa bestehe nun einmal, sagt das Organ der Labour Party, und man hätte diese im gegenwärtigen Augenblick nicht noch durch den Zollplan steigern dürfen. Dr. Curtius und Dr. Schober wären klüger beraten gewesen, wenn sie sich etwas gemerkt hätten. Auf jeden Fall war es ein schwerer Schicksal, die selbstverständliche internationale Einigkeit außer acht zu lassen und durch die plötzliche und geheime Art des Abkommens Verdacht zu erwecken.

Beobachtet aufgeregter ist man in Paris. Frankreich befürchtet, daß das Zollabkommen der erste Schritt auf dem Wege zu einer völligen Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs

ist. Die nationalistischen Blätter sprechen von einer Wiederherstellung des Bismarckismus, der mit dem deutsch-österreichischen Zollverein anfangs und mit dem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa enden werde. Ebenfalls ist Prag von dem Zollabkommen unangenehm berührt. Die tschechischen Blätter nennen die Zollunion einen Vorwand zum politischen Anschluß. Ein Beitritt der Tschechoslowakei zur Zollunion wäre aus politischen Gründen unmöglich. Die Selbständigkeit des Staates wäre in Zukunft dadurch gefährdet. Uebrigens lasse sich die Zollunion ohne Zustimmung der Besatzmächte nicht verwirklichen. Sämtliche tschechischen Koalitionsparteien richteten am Montag an den Senat eine Interpellation, in der betont wird, daß durch das Zollabkommen die Interessen der Tschechoslowakei berührt werden.

Englands Außenminister Henderson ist am Montagmorgen nach Paris abgereist. Wie wir erfahren, ist durch den deutsch-österreichischen Zollvereinigungsplan der ursprüngliche Zweck seiner Reise in den Hintergrund gerückt worden. Paris sieht offensichtlich England in eine

große Protestaktion gegen den deutsch-österreichischen Zollverein einzuwickeln. Man wird in der Annahme nicht fehlerhaft sein, daß der deutsch-österreichische Zollplan an der Spitze der Beratungen in Paris stehen wird.

Diplomatenprotest in Wien.

Äußerlich wird aus Wien mitgeteilt: Die Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei haben den Außenminister Schober zum Kenntnis gebracht, daß der Abschluß einer Zollunion mit dem Deutschen Reich gegen das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 verstoßen würde. Der Vizekanzler hat die Gehandten entsprechend aufgefächert. Wie der „Morgen“ berichtet, hat Dr. Schober ihnen gesagt, daß eine Verletzung des Genfer Protokolls nicht vorliege, da beiden Staaten sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Souveränität vollkommen genahrt bleibe. Es handle sich auch nicht um ein Abkommen, sondern um einen Plan, an dem teilzunehmen jeden anderen Staat ebenfalls freistünde.

Zollunion und Pan-Europa.

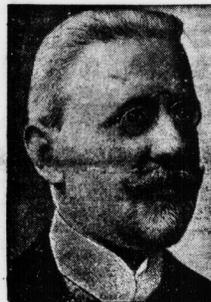
Der „Nordwärts“ schreibt zu der Kritik des Auslandes an dem deutsch-österreichischen Zollunionsvertrag u. a.:

„Die Zollunion zwischen Deutschland und Oesterreich ist ein Fortschritt. In Frankreich sollte man darüber nachdenken, nicht wie er verhindert, sondern wie er zu den Zielen, die Briand gezeigt hat, fortgemeinsame Aufgabe.“

Die beiden Außenminister von Deutschland und Oesterreich



Dr. Curtius.



Dr. Schober

Auseinandersetzungen über Panzerkreuzerabstimmung

Parteiinheit über alles!

Diskussionen in kameradschaftlichem Geist - Keine Angst vor kommunistischen Verleumdungsmanövern

E. L. Halle, den 24. März.
Es war voranzufahren, daß das Verhalten der neun sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten bei der Abstimmung im Reichstag zu Auseinandersetzungen innerhalb der Partei führen würde. Natürlich ist nichts furchtbarer, als die Zensurationsartikel verächtlicher bürgerlicher Blätter, die bereits von einer beginnenden Spaltung der Sozialdemokratie sprechen. Der Abgeordnete Koenig, der zu der Neumehrung gehört, hat mehrere Parteimitglieder eine Erklärung ausgeben lassen, in welcher er betont, daß

„Die Einheit der Partei unter allen Umständen erhalten bleiben muß. Niemand von uns will die Spaltung.“
Das ist zweifellos ernst gemeint. Trotzdem wird sich die Abstimmung der neun nicht günstig für die Partei auswirken, da sie in einer Zeit, in welcher die Geschlossenheit der Partei zum erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus besonders notwendig war, naturgemäß zu inneren Auseinandersetzungen in der Partei führen wird. So sehr zu verstehen ist, daß eine Anzahl Mitglieder der Fraktion die Zensurationspolitik gegenüber der Brüning-Regierung nicht für zweckmäßig halten, so sehr aber ist zu begreifen, daß durch eine

offene Abstimmung gegen den Beschluß der Fraktion das Parteiinteresse gewahrt wurde. Besonders dann, wenn man diese Abstimmung so begründet, wie der Abgeordnete Zandvoort, der in einem Artikel erklärt, daß „sowohl in dieser ersten Zeit Faschismus und aber Faschismus einig Parteifunktionäre ihre Parteiarbeit eingeleitet“ oder resigniert der Partei den Rücken gefehert hätten.“ Solche Behauptungen können den Feinden der Partei in den Bezirken, in welchen sich die Abgeordneten und auch die Mitglieder der Partei für die Politik der Fraktion ausgesprochen haben, sehr billiges Agitationsmaterial ergeben. Die Partei klerken und eventuell die Arbeitsfreudigkeit

der Mitgliedschaft im allgemeinen beeinträchtigen. Unbedingt notwendig ist, daß unvermeidbare Auseinandersetzungen über die angestrebte Fraktionspolitik in der Parteiorganisation in kameradschaftlichem Geiste geführt werden. Es war häufig genug zum Schaden der Partei der Fall, daß bei inneren Auseinandersetzungen der Kampfesgeist in fanatischen Verleumdungen des Gegners ausartete. Das ist eine Erscheinung, die auch alle Bürgerkriege zeigen, die mit weit mehr Grausamkeit geführt werden als ein Krieg zwischen zwei sogenannten nationalen Feinden.

Auf allen Seiten sollte man daher bei Diskussionen über die Taktik der Partei der jeglichen schwierigen politischen Lage Rechnung tragen.

Tadel braucht uns um die Agitation der Kommunisten nicht bangen zu sein. Die SPD. mag Revolutionen, Zensurierungen oder scharfe Oppositionspolitik treiben, die wird dabei immer von den Kommunisten in der Reihe mitgezogen. Interessant ist in diesem Falle eine Äußerung der „Roten Fahne“ über die Abstimmung der neun. Das kommunistische Zentralkomitee schreibt:

„Horde von Verrätern“

So darf im Reich-Weimar die Nationalversammlung beschimpft werden.

Bei der nationalsozialistischen Versammlung im Deutschen Nationaltheater mit dem Namen „März der Schulz“ hat der Vorsitzende der nationalsozialistischen thüringischen Landtagsfraktion Sanderl (Weimar) als Versammlungsleiter in seiner Begrüßungsrede unter Anspielung auf die Deutsche Nationalversammlung auch gesagt:

„Es ist richtig, daß wir in diesem Raum tagen, in welchem einst eine Horde von Verrätern und Heimgängen sich edredigt hat, eine Verfassung zu machen.“

Brüning sucht Auswege Steuererhöhung, Zollunion und Reichstagsvertretung

Der Reichskanzler hatte am Montag bis in die späten Abendstunden mit den Führern der Reichstagsfraktionen zwecks Lösung der noch schwebenden politischen Fragen mehrere Besprechungen. Mit den Führern der Volkspartei und der Konfessionspartei wurde vor allem die Frage erörtert, was im Reichstag gefordert sei, nachdem im Wien die

Steuerentwürfe der Sozialdemokratie angenommen worden sind. Ein parlamentarischer Ausweg zeigte sich nicht, infolgedessen ist damit zu rechnen, daß der Kampf um die Steuererhöhungen nunmehr in den Reichstag verlegt wird. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Brüning-Regierung sich bemühen wird, den Reichstag zur Einlegung des Einspruchs gegen die Steuerentwürfe des Reichstags zu bewegen.

Die Verhandlungen von Regierungsmitgliedern mit Sachverständigen der Parteien über die Zollvorlagen, durch die die Regierung ermächtigt werden soll, von sich aus Zölle heraus- oder heruntersetzen, führten ebenfalls noch zu keinem Ergebnis. Die Hauptfrage ist, ob die Zollermächtigung an bestimmte Bedingungen geknüpft werden soll und an welche, insbesondere ob der Reichstag bei der Anwendung der Zollermächtigung eingeschaltet werden soll und ob dabei noch der Lebensbedingungsbesitz eine Rolle spielen soll. Die Frage ist noch nicht vollständig geklärt. Die Verhandlungen sollen heute fortgesetzt werden.

Erittigt ist auch noch die Frage der Vertagung des Reichstags.

Angestrebt wird eine Einigung dahin, daß nach der Vertagung des Reichstags das Parlament nur zur Einberufung eines Reichstagspräsidiums und Reichsregierung einberufen werden soll, und zwar sobald sich die Notwendigkeit dafür herausstellt.

Die linken SPD-Führer, die eine tabulata Gehe machen, um die ererbten, wirklich linken SPD-Arbeiter zu beschuldigen und mit neuen trügerischen Hoffnungen auf die verlassene Panzerkreuzer-SPD zu binden, sind die schlimmsten Verräter am deutschen Proletariat.“

Auf einem Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Groß-Büdingens, der am Sonntag stattfand, nahm der Reichstagsabgeordnete Friedrich auch zur Panzerkreuzerabstimmung Stellung. Der Redner verurteilte das Verhalten der 9 Abgeordneten, die sich dem Fraktionsbeschluß nicht fügten und gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, anstatt sich der Stimme zu enthalten. Angenommen wurde schließlich gegen 6 Stimmen eine Entschuldigungsbeschlusse.

„In der gegenwärtigen Zeit, die für das Proletariat schwerste Gefahren in sich birgt, ist Einigkeit und Disziplin innerhalb der Sozialdemokratischen Partei doppelt wichtig. Der Bezirksparteitag fordert daher die Reichstagsabgeordneten auf, sich der Fraktionsdisziplin zu fügen.“

Der in der Versammlung anwesende Reichstagsabgeordnete sah in dieser Ermahnung keinen Anlaß zum Einsprechen.

Nach wie bald, Fried

Von volksparteilicher Seite wird mitgeteilt, daß die Abgeordneten dieser Partei im Thüringischen Landtag für die sozialdemokratischen Maßnahmen gegen Fried und den Nationalsozialistischen Reichstag stimmen werden. Die Regierungserklärung der Nazis in Thüringen dürfte also aller Wahrscheinlichkeit nach bald befristet sein.



Jugendweiche 1931

Donnerstag, den 29. März, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in der Aula der Klosterschule unsere Jugendweiche statt. Der Freie Sängerkorps Halle hat seine Mitwirkung zugesagt. Die Weiche wird von dem bekannten Merseburger Gesangsverein Hans Weiker geleitet.

Wer zur Jugendweiche gehen will, besorge sich rechtzeitig Programme, die zum Preise von 30 Pf. ab Montag in der Selbststudien-Buchhandlung, Große Ulrichstraße, und im Parteibüro der SPD, Parz. Nr. 42/44, Hof, 2 Treppen, zu haben sind.

Kann man nicht — oder will man nicht?

Die Aufnahmepflichten für die Kinder, welche zu den höheren Schulen gemeldet worden waren, sind vorüber. Das Bürgeramt hat das schöne Wort „Grundschulunterricht“ hiermit verbunden und in seinen Zeitungen Klatsche damit getrieben. Jetzt ist es verstanden, daß nicht alles so geklappt hat. Da ist das Gymnasium. Jhm hat man bei geringem Andrang von Grundschulkindern so viel Exzesse zugelassen, daß fast keine Anmeldung unberücksichtigt geblieben ist.

Hier stimmt etwas nicht.

Freunde! Ich möchte vorliegen, dem Gymnasium alten Meisters Vorwurf zu lesen und den übrigen höheren Schulen das noch dort freibenden Kindern ein wenig Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Und die Volkshochschule, was sagt die? Man drückt doch genug auf ihr herum wegen des Überbesangs an den höheren Schulen. Aber hier macht eine Schule mit den zu gebenden Kindern was sie will, was ihr durch andere als schulische Gründe zu tun augenblicklich wird. Solange man freilich von dem hiesigen Bürgeramt weiß, man kann das kommen, eine Frau in der Tafel zu machen, geschweige denn ernstlich dem höheren Schulwesen zu Leibe zu gehen.

Zahrmacht mit und ohne „Politik“

Wenn es noch einen Gallener geben sollte, der noch nicht weiß, daß auf dem K. H. P. S. gegenwärtig Zahrmacht ist, der wird das sicher an diesem Volksbeirat merken. Ging der erste Tag ohne Zwischenfälle vorüber, so gab es gestern, also am zweiten, schon Reizereien. Heute, am dritten, marschieren wir mit dem Leben verbunden. Folgende Vorfälle unterstreichen diese Meinung. Das politische Redundanz, das leider zu einem guten Teil unsere heutigen Leben den Stempel aufdrückt, überträgt sich jetzt auch auf den Zahrmacht.

Gestern gerieten Kommunisten und Nazis einander in die Haare, einen Nazi wurde ein Abscheiden abgerufen. Mehrere der „Politiker“ wurden zur Polizeiwache gebracht. Dort wurde bei einem Nazi ein Gumminüttel gesunden. Bald nach diesem Vorfall gab es eine Rempel zwischen Stahlhelmen und Kommunisten. Ein Stahlhelm bekam Krügel, zwei Mann wurden verletzt.

Auch Tischbeine sind auf dem Zahrmacht eingetrotzt, fünf Frauen beklagen den Verlust ihrer Handtaschen mit zusammen etwa 200 Mk. Inhalt.

Zäter nicht ermittelt.

Verfahren eingestellt. Es ist nicht möglich gewesen, die „Schmänner“ zu ermitteln, die am 31. Dezember 1930 aus einem Photogedächtnis am Breitenberg eine ganze Anzahl Apparate gestohlen haben. Das Verfahren mußte daher eingestellt werden. Ungefähr fünfzig bis sechszig in der Person von 30 Januar d. J. am Wallberg Weg ein Reichsbankmitglied von Antifa-Beuten überfallen und mit Stöcken geschlagen wurde. Auch dieses Verfahren wurde aber eingestellt. — Nicht ermittelt werden konnten die zwei Betrüger, die in Halle im November 1930 Kautionskassendiebstahl verübten. — Die Einbrecher, die im Dezember 1930 im Kaufhaus Ritter einen Geldschrank erbrachen, sind ebenfalls unbekannt geblieben. Auch diese Verfahren sind, wie die Justizpressestelle mitteilt, eingestellt worden.

Deute spielt der Nitz.

Walzer- und Operettenabend im „Volkspart“. Wir weisen nochmals auf das heute abend im „Volkspart“ stattfindende 6. Winterkonzert des hallischen Symphonieorchesters hin, das Walzer- und Operettenmusik bringen wird. Eintritt und Programm folgen zur 40 Pf. Dafür werden einige Stunden betterer Lebensfreude geboten. Auch im Interesse des Sommer um seine Erpflanzung ringenden Orchesters ist der Besuch zu empfehlen.

Der Schuletat der „Schulrat“

Der Bürgerbeirat legt seinen Generalantrag gegen die sozialen Etatkapitel fort - Kommunisten verurteilen mit ihrer Schimpfaktion die Ablehnung zahlreicher Verbesserungsanträge

Halle, den 24. März. Im Stadthaus war gestern bis in die 10. Abendstunde „Leben“. Die Stadtratsordnen waren mit der Spezialberatung des Haushaltsplanes beschäftigt, oder richtiger gesagt: sie führten die formelle Beschlußfassung über die in den Ausschüssen zuerst gefassten Etatkapitel herbei. Ein höchst unympathischer Vorgang, und wieder ein langweiliger dazu. In seinem einzigen Halle war die Bürgerbeiratsmitgliedern dazu zu bewegen, den von der Sozialdemokratie beantragten und eingehend begründeten Etatsverbesserungen zuzustimmen. Und wo ihnen, wie gestern, durch besondere Umstände eine letzte Wehrzeit hätte entgegenkommen können, erwiesen sich die Kommunisten wieder einmal als jene Kraft, die nie das Gute will und stets das Böse schafft.

Die kommunistische Fraktion hat durch ihr unwürdiges Benehmen in der letzten Stadtratsordnenversammlung der wertvollen Bevölkerung Halle einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zugefügt, denn viele ihrer eigenen Anträge und die der SPD, hätten gestern eine Mehrheit gefunden, wenn nicht zwei Kommunisten wegen ihres unanständigen Benehmens auf mehrere Sitzungsstunden ausgeschlossen worden wären — als erster schuldig der kaum angeführte Professor Kunz und die Anträge der Kinder zum Schuletat und zum Etat der Väter sind nur mit der Doppelstimme des Vorbesitzes abgelehnt worden; sie wären angenommen worden, wenn Posthoff-Winkel trüffelnd von der Tribüne herabgeschrien, unten im Saale „mitgemittelt“ hätte.

Das muß immer wieder betont werden, wenn die Ausschüsse auch zu einem Teile der Gehaltsfortschreibung Auflass zugunsten waren. Es hat fast den Anschein, als ob die SPD, den Kaufsmitgliedern kein Wort zu sagen hätte, um so die Unzufriedenheit der Massen wahr zu halten. Es wäre dieser Partei höchst unangenehm, wenn es der wirklichen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, gelangte, die kommunistischen Streiche des Bürgerbeirats abzuwehren. Hatte Genosse Sorgenfrei nicht recht, als er diese „Arbeitervertreter“ als Preisrichter des Schatzmeisters bezeichnete?

Die Sitzung begann mit einer Erörterung der Vorgänge, die am vergangenen Montag zur Ablehnung der beiden kommunistischen Stadtratsordnen Kunz und Wäbber geführt haben. Die kommunistische Fraktion vertrat erneut die Meinung darüber, ob die Ordnungsrufe und Ausweisungen berechtigt seien. Vorheriger Wuffe wies die Beschweideführer auf den durch die Geschäftsordnung gekennzeichneten Weg und bestritt im übrigen die Wichtigkeit der auch in einem Wäbber-Bericht ausgesprochenen Darstellung. Er sei sofort gegen die Arbeiterpartei, deren Antrag die Ordnungsrufe eingeschritten, als dieser beschweide, Ebering sei an der Ablehnung der Arbeiter teilhaftig. Nachdem auch Stadtr. Dr. Hirsch die Vorgänge in der Sitzung kurz rekapituliert hatte, ging das Kollegium zur Tagesordnung über, als er dieses Ereignis durch den Gemeindevorstand als sachlich feststellte.

Die Magistratsvorlage „Grundstücksveränderung an der Weigenburger Straße“ gab dem Kommunisten Günther Veranlassung, erneut gegen die Wohnungs- und Grundstücksplan des Magistrats anzunehmen. — Stadtr. Dr. Hirsch meinte, er bedauere es, daß nicht jedem Deutschen Freude an eigenen Gütern werden könnte. Er selbst habe sich demnach mit dem Bauhandwerksverband eines nach Halle verlegten Beamten zur Errichtung eines Einfamilienhauses. — Stadtschulinspektor Fischer erwiderte, daß Halle hinsichtlich der Förderung des Kleinwohnungsbaues durch seine anderen Städte übertrifft werden könne. Ein großer Teil des Kleinwohnungsbaues, dessen Anfang die kommunistische Fraktion mit allen Mitteln zu verhindern suche, solle gerade für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Stadtr. Dr. Wäbber machte die gewiß erfreuliche Mitteilung, daß die Vermehrung zur Zeit mit der Aufstellung des Wohnungsbauprogramms beschäftigt sei und es jedenfalls möglich sein würde, die Mieten für Kleinwohnungen wieder zu senken. — Stadtr. Peters (Soz.) wies darauf hin, daß die Debatte recht weit von der eigentlichen Sache abgeleitet habe und man alle möglichen Dinge dabei vernachlässigt habe. Es sei doch gerade Aufgabe des Bürgerbeirats, in ihrem Selbst beständigem Bange nach zur Verfügung zu stellen, um die Spekulation zu unterbinden.

Das sei doch der Sinn unserer ganzen Bodenpolitik. Es sprachen auch noch die Stadtratsordnen Roenneke (Bürgerblod), Starke (Gaußbeißer) und Behne (Komm.), worauf der Magistratsvorlage gegen die Stimmen der Kommunisten zugestimmt wurde.

Magistat gegen „Gyanfall“

Die kommunistische Fraktion protestiert dagegen, daß ein von der Partei gestellter Antrag auf Überlassung des Thalia-Saales zu einer öffentlichen Vorstellung des bekannten Schauspiels „Gyanfall“ mit der Begründung abgelehnt worden sei, daß nur eine nicht öffentliche Vorstellung stattfinden dürfte. Der unabhängige Magistratsdeputierter, Stadtschulinspektor Fischer, erwiderte, daß der Thaliaaal an Konfurrenzgründen grundsätzlich nicht für auswärts Entsendung zur Verfügung gestellt würde. Stadtr. Peters (Soz.) und die beiden Stadtpunkt nicht verständlich. Wenn Stadtr. „Gyanfall“ im Stadthaus nicht aufgeführt werden, müßte jenen Kreisen, die sie zu sehen wünschen, dazu Gelegenheit gegeben werden. Wenn man öffentliche Vorstellungen nicht zulassen wolle, dann müßte man annehmen, daß gewisse Kreise ein Interesse daran haben, daß sie unterbleiben. Der Magistratsdeputierter ging auf diese heftige Frage nicht ein.

Der kommunistische Antrag, den Thaliaaal an Kassen, wo er vom Stadthaus nicht besetzt ist, allen Antiquaristen zur Verfügung zu stellen, wurde mit 23 Stimmen gegen 22 Stimmen der Linken abgelehnt. Die Etatberatung. Dem Magistratsvorlage, den Thaliaaal an Kassen, wo er vom Stadthaus nicht besetzt ist, allen Antiquaristen zur Verfügung zu stellen, wurde mit 23 Stimmen gegen 22 Stimmen der Linken abgelehnt.

Die Etatberatung

begann mit dem Kapitel Tiefbauverwaltung. Die Ziffern sind durch unsere Berichterstattung über die Ausschüsse bekannt. Der kommunistische Fraktion vertritt die Meinung, daß eine ganze Reihe kommunistischer Anträge, Stadtr. Rißel hat energisch dafür ein, längst notwendige Arbeiten an den Straßen jetzt vorzunehmen, was den Erfolg hätte, daß Hunderte von Arbeitern beschäftigt und die Straßen für längere Zeit durch die wertschöpfende Gewerkschaften besser werden würden. Der Ansehn einer Willen zur Durchführung weiterer Straßenarbeiten müsse man zustimmen. Unter Ablehnung sämtlicher Anträge der Linken wurde der Etat in der Fassung des Haushaltsausschusses genehmigt. Bei der Beratung des Kapitels Arbeiterentlohnungen wurden die Entlohnungen ganz erheblich herabgesetzt, denn es verlangte der Sparminister Mathy vom Magistrat genauere Nachprüfung, ob nicht etwa städtische Arbeiter höhere Löhne beziehen, als ihnen nach den tariflichen Bestimmungen in Richtung der Arbeiterentlohnung im Laufe des Jahres an die „Arbeitervereine“ des Bürgerbeirats schrieben beziehungsweise zu diesem unsozialen Vorstoß. — Der Kommunist Lüttich machte dazu nichts anderes zu sagen, als neue Anträge gegen den kommunalen Arbeitgeberverband zu stellen, die den Arbeiter mehr Lohn und weniger Steuern zu fordern. Daß die freien Gewerkschaften dabei ihr Teil abgeben, verhielt sich.

Stadtr. Taab (Soz.) hielt für unpassend, Vergleiche zwischen den Löhnen von 1925 und den heutigen zu ziehen. Die Eingruppierungen der heutigen Arbeiter der immer noch große Lohnumfang ausbleibt. Der Redner wandte sich im Einzelnen ganz energisch gegen den Vorstoß des Sparministers Mathy und legte dar, daß die Lage der hiesigen Arbeiter alles andere denn schön sei. In einer kurzen, aber deutlichen Erklärung kündigte Stadtr. Sorgenfrei (Soz.),

Sozialdemokratie kämpft um die Schule

Deute wird in der Wirtschaft Qualitätsarbeit verlangt. Diesen Qualitätsarbeiter kann nur eine gute Schule hervorbringen. In diesem Sinne ist die Volkshochschule ein produktiver Faktor im Wirtschaftskreislauf. Von dem vorliegenden Etat konnte man nicht sagen, daß er sozialkulturell nützlich sei.

Er weist zunächst eine sehr deutliche Betonung der höheren Schulen vor den Volkshochschulen in den Erträgen auf (höhere Schulen: 3 Prozent Sparmaßnahmen, Volkshochschulen: 18 Prozent).

Ob Eltern werden 900 Volkshochschüler mehr als 1930 zu betreten sein. Das bedingte eine Klassenvermehrung von 22 Klassen. Der Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von 440 nicht erhöht werden. An Klassen für den Vorkurs sieht nur eine solche von 6 Klassen vor. Die Klassen der Klassen soll also erhöht werden. Die Folge kann man sich vorstellen. Nämlich geht es um die Schulstellen. Trotz dem Mehr von 900 Schülern soll die Schulstellenzahl von

Diehr Schule dem Arbeiterkind

Das 9. Schuljahr muß auch dem Volksschüler die zeitgemäße Ausbildung gewährleisten

Halle, den 23. März.

Volksschüler einzuweisen. Die in den Klassen beschließenden Entscheidungen lehnte er ab.

Die SPD. ließ ihre ablehnende Schlußrede abdrucken und stellte eine Fülle von Anfragen, für die sie bei der Abstimmung allein stimmen durfte. Herr Dirsch (Bürgerlich) markierte den Volksschülerforderer, forderte aber in gleichen Atemzuge eine weitere Entscheidung (Schlußrede), die angenommen wurde. Von den SPD-Anträgen wurde der Antrag, die 18.000 M., die die Volksschule bisher bekommt, im Volksschuletat einzulassen, angenommen. Ein Antrag, den zwischen dem der Turnhalle in der Krollwiese 2. Schuljahr, der bereits 1929 bezogen wurde, sofort in Aussicht zu nehmen, wurde angenommen. Darauf wurde der Beschlusstext mit allen Zurechnungen vom Bürgerklub gegen SPD, KPD, und Nazis angenommen. Auch der Etat der Mittelschulen wurde mit allen Entscheidungen im gleichen Stimmverhältnis angenommen. Die SPD hatte sich auch hier gegen die über den Beschlusstext hinausgehenden Entscheidungen gemeldet. Auch der Etat der höheren Schulen wurde vom Bürgerklub genehmigt. Desgleichen die Sondervorlage zur Erhöhung des Schulgeldes. Weiter ein Antrag, die arbeitgeberlichen Körperlichkeiten dazu zu bewegen, nur noch 20 Prozent des Schulgeldaufkommens für sozialen Ausschuß zu verwenden.

Der Etat der Handwerker-Schule

wurde nicht mit allen Entscheidungen angenommen. Die SPD beantragte, die Schulgebäude auf 60 bis 80 M. herabzusetzen, ferner zur Abkündigung nach 8 Uhr, sondern wie im Vorjahre nur 5 Uhr zu erheben. Der Antrag wurde abgelehnt. Der überarbeitete Etatsentwurf wurde darauf angenommen. Auch bei der gewerblichen Berufsschule waren, trotz der starken Abträge im Voranschlag, in den Ausschüssen weitere Entscheidungen vorgenommen worden. Das genante dem Stahlbetrieb 2. Klasse immer noch nicht. Er forderte zwei weitere Entscheidungen bei der Personalausgaben, denen der Bürgerklub zur Annahme verhoß. Der Gesamtetat mit allen Entscheidungen der Ausschüsse wurde darauf angenommen. Die SPD. hatte bei diesem Etat beantragt, die Gebühren für die Wahlkarte um 4 M. zu belassen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Beim Etat der kaufmännischen Berufsschule hatte die SPD, wie bei den vorangegangenen Etats ebenfalls geltend gemacht, daß eine weitere Erhöhung des Schulgeldes die minderbemittelten Kreise belasten und einen Schülerzusatz bewirken würde. Sie plädierte deshalb auch hier für die Wiedereinführung der Höhe des Vorjahres. Ein Antrag wurde nicht angenommen. Die Höhe der Bildungsmittel für männliche Schüler von 6 auf 8 Stunden wöchentlich mit besagter Gebührensbeitrag wurde mit den Stimmen der SPD angenommen. Das ist also die einzige Erhöhung, die der beschiedige Schuletat aufzuweisen hat. Die Nennung ist aber eine alte Forderung. Einmal werden verfallen nicht mehr. Einmal werden als eine kümmerliche Kulturschule des Bürgertums auf weiter Fuß. Im übrigen wurde auch dies Etatstapital mit den in den Ausschüssen beschlossenen Entscheidungen vom Bürgerklub angenommen.

Bei dem Etat der Handels- und höheren Berufsschule plädierte Herr Wartzel außer für die Kürzungen der Ausschüsse noch für eine weitere Kürzung. Das Gesamtergebnis ist demnach ein Etat mit allen sonstigen Entscheidungen vom Bürgerklub angenommen. Ein Verbesserungsentwurf der SPD wurde abgelehnt. Der Kommunist Lütich erhielt für seine Bemerkung „Arbeitgeber“ mit

Das 9. Schuljahr ist nicht allein ein national-ökonomisches sondern ein international-arbeitsmarktpolitisches Problem geworden.

Die eben verlungerte Debatte um diese Frage ist ausgelöst worden von wirtschaftlichen Momenten, von der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der preussische Handelsminister Dr. Schröder war es, der die Zersplitterung mit dieser Idee übertrug. Nur Arbeitsmarktpolitiker, so betonte er, haben keinen Vorbehalt hervorgerufen. Sehr bald mußte man diesen einleiten, daß die

Verlängerung der Schulpflicht um ein Jahr den Arbeitsmarkt nicht wesentlich entlasten konnte.

Die Durchführung des neunten Schuljahres ist zudem nicht so einfach. Ist noch in Bayern und Württemberg noch nicht einmal die achtjährige Schulpflicht überall durchgeführt! Schon die Befürchtung auf das Land Preußen hätte die Wirksamkeit der verlängerten Schulpflicht auf den Arbeitsmarkt ganz in Frage gestellt.

Die Durchführung des neunten Schuljahres ist zudem nicht so einfach. Ist noch in Bayern und Württemberg noch nicht einmal die achtjährige Schulpflicht überall durchgeführt! Schon die Befürchtung auf das Land Preußen hätte die Wirksamkeit der verlängerten Schulpflicht auf den Arbeitsmarkt ganz in Frage gestellt.

Der Etat der Gewerkschule für Mädchen wurde in gleicher Weise mit allen Kürzungsvorschlägen der Ausschüsse vom Bürgerklub angenommen.

Ein vorgeschriebener Abendkurs wurde noch der Etat der Kunstgewerkschule verabschiedet. Die Annahme erfolgte mit den Händerungen des Ausschusses gegen die Stimmen der SPD.

Gegen 4 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Am Freitag kommt das Kapitel Stadthaushalt an die Reihe.

Verkehrsamt bleibt

Der Verkehrsausschuß der Stadtbewohner befristete sich am Montag mit dem zurückgesetzten Etat des Verkehrsamtes und stimmte ihm schließlich nach Entscheidung von 4000 M. an dem Vollen Tagungen und Kongresse zu. Ein Antrag der Sozialdemokraten, das Verkehrsamt vorübergehend einzusparen und die

Schulpflicht nicht aufzugeben. Sie ist ja auch aus ganz anderen, tieferen Gründen für diese Maßnahme. Der Übertrag der eben vierzehnjährigen aus der Schule in das Berufsleben ist wie der fünfte Akt eines Dramas, den man nicht gelassen hat. Man weiß nicht, was der Ausgang ist, man weiß nicht, was daraus wird.

Die jungen Menschen, die heute die Schule verlassen, sind heute schwerer zu finden als noch keine jungen Menschen.

weder geistig noch körperlich fertig und fähig, in das Berufsleben zu treten. Gleichzeitig mit dem Schritt in das Berufsleben treten die Jugendlichen meist in die Gefahrenzone der Arbeitslosigkeit. Die höheren Schüler überwinden diese Zeit viel leichter, ungeachtet.

Die Anforderungen, die heute das Leben, bei vor allem der Beruf an die Menschen stellt, sind gegen früher wesentlich höhere. Die Schule müßte also den Menschen viel besser und viel intensiver vorbereiten. Die höheren Schule kann das. Die Volksschule aber nicht. Die Volksschule muß auf vieles verzichten, was sie gerne leisten möchte und eigentlich auch leisten möchte. Die Werbung des Stoffes wird hier sehr oft schmerzhaft bemerkt, wenn die Volksschule verzichten muß, oder in abgedrückter Vorbereitung die Dinge des Stoffes nicht mehr tun kann und gebrauchlose Stoffen bringen kann, sondern vor allem Qualitäten, Arbeit, intelligente Leute, die auch Kopf und Willen haben. Qualitätsmenschchen braucht heute

Sehrerchaft und Wirtschaft müßten hier eigentlich zusammengehen.

Die Lehrer, die den Menschen bilden und pädagogische Interessen haben, die Wirtschaft, die heute nicht mehr nur um gebrauchlose Stoffen bringen kann, sondern vor allem Qualitäten, Arbeit, intelligente Leute, die auch Kopf und Willen haben. Qualitätsmenschchen braucht heute

Mittel zum Staatsausgleich und zur Vermeidung neuer Steuern zu verwenden, wurde abgelehnt. Ebenso ein weitergehender kommunistischer Antrag, das Verkehrsamt überhaupt abzubauen. Nachdem Bürgermeister Veltjouw und Stadtbürgermeister Wenzel die Idee für das Verkehrsamt eingeleitet hatten, war die Entscheidung des Etats nicht möglich, weil der Nazi Fröhler, der erst 10 Minuten für den Abbau des Amtes war, sich der Stimme enthielt. Stadtbürgermeister Gero (Bürgerlich) ist auschweigend und Stadtbürgermeister Freyberg — allerdings einschuldig — fehlte.

Stillerer Wert

In der Clearingstraße mußte man zum Türöffnen einen Schloßler rufen, um einem 74jährigen Mann, der allein in seiner Wohnung wohnt und hilflos am Boden lag, helfen zu können. Der Mann wurde zur Klinik gebracht. Mit Verlegungen im Gesicht wurde gegen 2 Uhr morgens in der Clearingstraße ein betrunkenen Mann ge-

die Wirtschaft. Heute kommen zu den alten Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schule auch noch staatsbürgerliche Aufgaben. Die Demokratie verlangt eine Erziehung, ohne Erziehung ist die Demokratie ein gefährliches Experiment.

Im entscheidenden Moment, wenn die Kinder zu denken beginnen, bricht die Schule ab. Ihre Entwicklung unterliegt unkontrollierbaren, mächtigen Einflüssen. Die Aufgaben der Schule sind gemacht, aber die Zeit, die der Schule zur Verfügung steht, wird nicht befriedigt. In Amerika und England ist man weiter. Dort hat man die Notwendigkeit der längeren Schulpflicht eingeleitet. In Amerika hat man die Volksschule auf 6 Jahre abgebaut, organisch aber eine Mittelschule von 3 Jahren wieder angelegt.

Die Frage, ob ein neuntes Schuljahr als untere Klasse mit ganztägigem Besuch an die Volksschule oder aber als neuntes Klasse an die Volksschule angeschlossen werden sollte, beantwortete Rektor Bernhardt im Sinne der Volksschule.

Das neunte Schuljahr könne und dürfe insofern kein verlängertes achttes werden.

Um einen Kernunterricht müßten sich die Klassen gruppieren, die in der Berufslehre und in der Berufsausbildung. Das Ziel ist hier, nicht Leute in einen Beruf „geben zu lassen“, sondern möglichst jeden Menschen an seinen Platz auf Berufung zu stellen.

Ein Problem ist hier vor allem die Kostenfrage. Einmal müßte die Eltern für die über das neunte Schuljahr hinaus nicht mehr zahlen. Dann aber auch rein wirtschaftlich nicht in der Lage, noch ein Jahr Unterhalt an ihre Kinder zu wenden. Hier müßte die Allgemeinheit eingreifen. Aber heute?

Tropfen muß das neunte Schuljahr kommen.

Die Ausstattung der Volksschule nach dem allgemeinen Wunsch auch nach dem Mittelmäßig. Am 23. März, ununterbrochen von morgens 9 bis abends 8 Uhr geöffnet. Der Schulhof nicht genau empfindlich. Der Antrag im Vorjahr über „Wander ohne Geld“ der Mittwoch abends 8 Uhr im Aufstellungsausschuß hat, wird besonders die frühesten Schüler der Schule gelassen.

Wimmelmann aus Wimmelhausen — ein Verbot

geliefert, an dem man seine Freude hat, wurde gestern im Rathaus ein Verbot erlassen. Die Halle der Stadt Halle gebaute heute 20 Uhr und morgen 15 Uhr noch einmal Gelegenheit, im Rathausaal Wimmelmann aus Wimmelhausen zu sehen und seine Freude an ihnen zu haben. Das Stadtbürgerliche Halle in der Großen Märkischen die Halle in der Rathausstraße geben Karten im Vorverkauf ab. Es lohnt sich und empfiehlt sich, den Vorverkauf zu benutzen.

Bei Verhörungen im Theater der Stadt, die Stadtverwaltung ist einmütig morgen, Mittwoch, Stadtbürgermeister Wimmelmann mit dem erkrankten Kammerdiener Herr von seiner Weltlichkeit bei freiem Eintritt.

Der Wohnungsteufel

Roman aus der Gegenwart

Von Bernhard Handmann

Copyright by G. Handmann Nachf., Halle-Soale.

So ein Geizhund, so ein niederräufiger! Darle die kleine Hummelloch bei sich, ließ sich von ihm umarmen und ... Kullerden ... Kullerden ... in mitternächtlicher Stunde der Herr über die Schenke, vor dem dieser alte Duffel ganz und gar von Gott verlassen ... mitten in diesen befeuchteten Kaufstufen, die ihm bis an den Kragen griffen!

Handmann vor Wat eilte sie zurück, warf nach einem Redensstück über und rannte wieder an die Tür des Unheils, entschlossen, den gewissermaßen Zimmer im gewissen Augenblick zu überreichen. Aber sie kam zu spät, denn während ihrer Abwesenheit hatte Hellen den Schanplatz ihres vergesslichen Angriffes jenseits verlassen und sie hörte nur noch, wie er mit seiner Mannlichkeit protestierte. Da rief sie durch den Spalt die schon bekannten Worte:

„Alle unten Geister ... ich bin wie's scheint verkehrt“, wackelte Oheim, wieder das Zimmer mit wackelnden Schritten messend. „Ich konnte doch dort aufschwimmen, das kann ja gar nicht sein. Vielleicht hat sich wer verkehrt?“ Und er durchforstete die Heckenflächen, kroch zu Boden, sah unter den deckenbehangenen großen runden Tisch und unter des Tische ...

fragen sollen, wenn er mir selbst aufzukommen und hier um ein Bergwerkler herumzuliegen.“

Wie aus Stein gehauen, war ihr Gesicht.

„Es gab eine Zeit, wo du auch um mir sagtest: Kullerden ... Puppelchen ...“ wandte sie einfallend ein.

„Nenne mich nicht! Ich bin kein Dein und lasse mir keine Vorschriften machen.“

„So! Auf einmal? Aber das Puppchen darf dir sagen?“

„Na und wenn ...? Na und wenn? Das Fräulein Berger hat dasjenige? Der Hellen ist man doch in zweiwelfen netter Kaiser? Jung und ...“ hier erriet seine Kampflust in einem Strom grümeligen Dohnes ...

„Schloßer Merich! Was haben Sie mit verprochen? für meine Dienste ...? für mein Aufopfern? Soll ich die Dinge aufhören, beim Namen nennen, daß Ihnen die Scham ins Gesicht steigt ...? Aber warte man, daß sollen Sie noch bitter bereuen!“

Damit wich sie zurück und wollte zur Tür hinaus.

Über Oheim sprang dasjenige.

„Wat für Dinge? Jetzt prasser! Ich habe kein ... rein, wie ein Glas Wasser ... rein, unangefochten, einwandrig ... wie der Silberboden ... ich will dir was sagen ...“

„Ich bin fertig miteinander!“ sprachte sie und suchte sich aus seiner Nähe zu befreien.

Doch ein unermuteter Umstand trat ein. Sie hielten plötzlich still und wandten ihre aufgereagten Gesichter auf die mittlere Eingangstür. Dort hatte sich eine neue Gestalt eingependelt. Tagesanbruch, blühend wie eine reife Ritterzeitungsblume, das Rückengrad mit einer Kammbarbe vertheilend, wie Welland Verlies aus dem alten Vertheilend ... Fräulein Pauline Hummelloch.

„Was ist denn das für ein Kärm in meiner Wohnung, das man erdverrot aus dem Schloß führt? Ich werde das Bett mit mir reißen.“

„In der Art? Und ich ...“

„In Ihrer Wohnung?“ sagte sie Oheim. „In meiner Wohnung, meinen Sie wohl? Oder glauben Sie wirklich, daß mir Ihr albernem Oefahms imponiert? Ja made in meiner Wohnung war ich wohl, wackelte Sie ...“

„Sie sind meine Untermietlerin, der ich bereits getraut habe, bestanden? Jetzt nicht habe auf, was ich Ihnen nicht auslassen. Mann! Sie haben hier innerhalb dieser Wände kein Wohnungsgeld, das werde ich Ihnen beneiden und damit zahlen.“

Da brüllte Oheim wie ein wunder Stier auf. „Sie sind meine Untermietlerin, der ich bereits getraut habe, bestanden? Jetzt nicht habe auf, was ich Ihnen nicht auslassen. Mann! Sie haben hier innerhalb dieser Wände kein Wohnungsgeld, das werde ich Ihnen beneiden und damit zahlen.“

„Sie sind meine Untermietlerin, der ich bereits getraut habe, bestanden? Jetzt nicht habe auf, was ich Ihnen nicht auslassen. Mann! Sie haben hier innerhalb dieser Wände kein Wohnungsgeld, das werde ich Ihnen beneiden und damit zahlen.“

„Sie sind meine Untermietlerin, der ich bereits getraut habe, bestanden? Jetzt nicht habe auf, was ich Ihnen nicht auslassen. Mann! Sie haben hier innerhalb dieser Wände kein Wohnungsgeld, das werde ich Ihnen beneiden und damit zahlen.“

Silbke macht eine Entdeckung.

Früh gegen acht Uhr, bei anderen Tagesgezeiten, sah jedes Ritter Schloßverwalter ein Hauptquartier des Besuchs durch ein Dienstmädchen in Bombform, die

das die ganze Stimmliche des Hauses oberhalb des Bodens und wie protzig im Anstrich stehen.

Ferdinand Oheim, den den Ertragnen. Nach nicht mehr zwölf entsetzt, lag ihm erschrocken bei umfangreichen Ritter im Innern in die Wohnung, wo sie teils im Wohnzimmer, teils im Zimmer Silbkes untergebracht wurden.

„Es gab da überall einen Windsturm oder eine letzte Wand, wo so ein Ungeheim aufgestellt werden konnte. Ich mich nicht aufhalten, hatte man sich Zeden und Zyppe genaug, um der Hilfe einen würdevollen Kritik zu geben. Denn das mit dem robusten Schwerearmen da unten konnte doch noch eine Eingeweihte bauen. Und ... wie das man ...“

„Dann müßte er einen Windsturm oder eine letzte Wand, wo so ein Ungeheim aufgestellt werden konnte. Ich mich nicht aufhalten, hatte man sich Zeden und Zyppe genaug, um der Hilfe einen würdevollen Kritik zu geben. Denn das mit dem robusten Schwerearmen da unten konnte doch noch eine Eingeweihte bauen. Und ... wie das man ...“

„Dann müßte er einen Windsturm oder eine letzte Wand, wo so ein Ungeheim aufgestellt werden konnte. Ich mich nicht aufhalten, hatte man sich Zeden und Zyppe genaug, um der Hilfe einen würdevollen Kritik zu geben. Denn das mit dem robusten Schwerearmen da unten konnte doch noch eine Eingeweihte bauen. Und ... wie das man ...“

Saffran Mord

Das blutige Drama von Rastenburg vor Gericht Die Eier nach der Versicherungsprämie Teizners gelehrigster Schüler

Bartenstein, 23. März. (Vgl. Drahtber.)
Am Montagmorgen begann vor dem Schwurgericht in Bartenstein (Schprehen) die Verhandlung wegen der Leichenöffnung Fritz Saffran aus Rastenburg, der angeklagt ist, in Gemeinschaft mit dem Handlungsgehilfen Ripmid einen Königberger Metzler auf der Chaussee nach Bögen ermordet, die Leiche im Auto nach Rastenburg transportiert und im Kontor der Wägebühse seines Schwagerbruders verbrannt zu haben.

Saffran wollte durch diese Tat seinen eigenen Tod verhindern, um sich auf diese Weise die Lebensversicherung von 140 000 Mark zu erschaffen.

Außerdem sind vier weitere Angeklagte angeklagt: u. a. die Kontostiftin Augustin, Saffrans Geliebte.
Von Zeugnissen unterbrochen schildert der Staatsanwalt, der 37 Jahre alte Kaufmann Fritz Saffran, wie er in das Geschäft seines Schwagerbruders kam und es hoch brachte. In kurzer Zeit konnte er den monatlichen Lohn von 2000 Mark auf 80 000 Mark steigern.

Dann kam die gefährlichste Zeit.
Kredite mußten aufgenommen und wurde verlangt, das Geschäft fortzuführen. Saffran trug den Geschäftswahl der letzten Jahre. Jetzt begann man mit Forderungen von Beträgen und Wechseln. Auf fiktive Raubverträge wurden Kredite bezogen und so 2, 3, 4 Millionen um über 100 000 Mark zu hoch.

So entstand schließlich der Plan des Verfallens. Gemeinlich mit dem Angestellten Erich Ripmid und der Kontostiftin Ella Augustin beschloß man diesen Schwand mit einer im Wägebühse zu verbrannten Leiche vorzunehmen. Auf die Frage des Verfallens, ob auch der Vater beizugehen, einen Mord zu begehen, erklärt Saffran, diese Wägebühse sei erst später aufgefunden. Schon seit mehreren Jahren sei er bei vier Versicherungsgesellschaften beschäftigt gewesen. Im Jahre 1928/29 habe er sich dann bei einer weiteren Gesellschaft eingestellt und zwar mit der Maßgabe, daß im Falle eines unglücklichen Unfalls die Versicherungssumme von 25 000 Mark um das Doppelte erhöht werden sollte.

Ingefallen wäre im Todesfälle eine Versicherungssumme von 145 000 RM. auszusprechen gewesen.

Saffran wollte die Wägebühse geholt haben, sich selbst zu töten, um durch den Erfolg der Versicherungssummen die Verschuldung zu decken; es sollte ein Unfall vorkommen. Er hatte mit seiner Kontostiftin und Geliebten Ella Augustin abgemacht, daß sie bei dem Unfall zugrunde gehen sollte, falls er nicht gleich tot sei, ihn erschießen sollte. Es kam aber nicht dazu.

Es wurden mehrere Fahrten auf der Chaussee in Schprehen unternommen, doch keine Leichen zu finden. Die vom meuchlings ermordeten konnte auch dieser Fahrten, und zwar am 15. Juli, habe auch Ella Augustin teilgenommen. Ripmid, Ella Augustin und Saffran waren bereits hundertmal in einem großen Waldstück bei Schprehen gefahren und kamen nichts um 1 Uhr in Gerdau an. Auf den Chausseen hatten sie bereits mehrere ermordete Fahrgäste getroffen, die ihnen aber nicht gemeldet erschienen. Auf dem Markt in Gerdau lebte ein Mann neben dem Arbeiter Friederich.

Das Auto hielt, Ripmid stieg aus und handelte mit Friederich ein Gespräch an. U. a. fragte er, wo es nach Sorowitz gehe. Der Mann erklärte sich bereit, ins Auto zu steigen und den nächsten Weg zu zeigen. Als man plötzlich auf freier Chaussee hielt, trat der Arbeiter Friederich mit einem Dolchschläger dicht hinter den Kopf. Es gelang Friederich aber, aus einem augenblicklichen Zornausbruch, den Wagen zu verlassen und zu fliehen.

Dann kam Saffran ins Auto. Es mußte einsteigen. Saffran und Erich Ripmid setzten sich wieder in den Waldweg und nahmen einen großen Leizpalm mit. Auf der Chaussee nach Höljel

wurden sie den auf einem Damenfahrrad sitzenden Metzer Dohd, der auf Arbeitsschulden, Saffran verwickelt, oder er gelobt habe: „Der ist nämlich Ripmid habe ihn bezaubert werden ausfallen.“ Er habe wiederholt, Ripmid sei in ihn gekommen.“ — Baute. Der Angeklagte ludte in seiner Erklärung, Vorwürfen: „Na und?“ Saffran, jedes Wort bezeichnend: „Ich ließ ihn aussteigen.“

Ich dachte, er wird es ja nicht tun.
Zahn kamen mir aber Bedenken, vielleicht tut er es doch. Ich fürchte mich, ich weiß nicht woher, ich darf den Wagen herum und fuhr nach oben. Ich dann etwa 1 bis 1 1/2 Kilometer gefahren war, fuhr ich wieder zurück. Ripmid kam mit mir entgegen und sagte mir: Ich habe ihn. Er liegt im Graben. Ich stieg nun aus, wir rollten die Leiche in den Leizpalm und fuhren nach Rastenburg zurück. In Rastenburg wurde die Leiche am Sonntagabend, den 13. September, abends in das Möbelausstattungs-geschäft gebracht. Wir hatten auch bereits zwei Versicherungsbeträge herbeigebracht. Mit diesem Betrag besaßen wir die Leiche, den Leizpalm und die Möbel. Dann gingen wir nach Hause.

Saffran fährt fort: „Am Sonntagabend, nachdem wir im Kino und in einem Stoffgeschäft gewesen waren, es war etwa gegen 1 1/2 Uhr nachts, kamen Ripmid und ich in mein Schlafzimmer. Die Leiche Ripmid meine Ringe. U. a. und sonstige Gegenstände, die Ripmid an den Leuten anbrachte. Ich sah mich umwanden, sah ich daß Ripmid eine Zigarette angezündet hatte. Wahrscheinlich wird er die Zigarette in die benutzten Möbel ge-

worfen und dadurch das Feuer verursacht haben.“
Ich betrete, die Frau angelegt zu haben.“
Saffran ließ nun zur Wohnung seiner Geliebten Augustin, um er bis zur Nacht zum Dienstag verblieb. Das angelegte Haus brannte völlig aus. Die Eigentümer konnten nur mit Wägebühse geflohen werden. Von der Leiche des Dohd fand man nur Schloß, Rippentender und Wägebühse. An den Wägebühse erkannte die Frau des Ermordeten das Opfer.

Am Dienstag, nachts 9 Uhr, fuhr dann der Chauffeur Rief vor dem Augustinschen Hause vor und holte Saffran ab.
Saffran schilderte seine Fahrt folgendermaßen: „Ich sagte Rief, er solle mich nach Rastenburg fahren. Rief erwiderte, das wird nicht gehen, wir fahren nicht durchkommen, denn die Polizei hat alle Wege besetzt. Ich sagte ihm darauf: fahren Sie, Leibeigenschaft bekomme mich die Polizei auf keinen Fall. Wir fuhren bis kurz vor Gerdauen. Kurz vor dem Bahnhof ließ ich mich aus und fuhr mit dem nächsten Zuge nach Frankfurt an der Oder.“

von der mit einem Mietwagen nach Berlin, wo ich bei dem Bruder der Ella Augustin, Johann Augustin, drei Wochen lang wohnte. Ella Augustin hatte vorher mit ihrem Bruder über meinen Aufenthalt gesprochen. Ich hatte mir lediglich meines Berliner Aufenthalts einen Bericht machen lassen. Am 6. November machte ich mich auf, um nach Hamburg, von da nach Amerika zu fahren. Bei Spandau wurde ich erkannt und verhaftet.

Bildtelegramm von der Katastrophe des London-Schottland-Expreß



Die geschmeterten Wagen beim Bahnhof Leighton.
In einem Tempo von 100 Kilometer hat die Lokomotive des London-Schottland-Expreß in Leighton zur Entgleisung. Die ersten Wagen haben völlig getrimmert, 8 Menschen fanden den Tod.

Raubmord mit „Front Heil“

Vor dem Schwurgericht Kassel fand sich der erwerbslose Kaufmann Gottlob Schmidt und sein 21jähriger Stiefsohn August Schmidt wegen Raubes und Mordversuchs zu verantworten. Der Angeklagte August Schmidt, 21 Jahre alt, wurde am 10. Dezember 1930 in Gerdau erschossen. Seine Mutter beschuldigt, am 13. Dezember 1930

den Angestellten einer Wägebühse Fritz im Auto überfallen und verbrannt zu haben. Dabei sollen sie die Wägebühse geholt haben, die Angestellte zu töten. Gottlob Schmidt hatte den Verdacht, auf das Anmelden seiner Mutter einen Kapitalertrag zu erhalten, was eine Kapitalertrag finanziert wurde. Als er keinen weiteren Ausweg sah, kam er auf folgenden Plan: In

Ein Finanzminister, der es auch nicht leicht hatte

Wie es in Frankreich am Vorabend der Revolution aussah: mehr als ein Drittel der Bevölkerung Proletariat, mehr als ein Zehntel auf Unterstützung angewiesen

Auch die trockenen Daten historischer Beobachtungen können für eine nur der Gegenwart lebende Generation Blut und Leben gewinnen. Das trifft sicher bei Anne Robert Jacques Turgot zu, dessen Todestag sich jetzt zum 150. Male jährt. Turgot war, um seine Bedeutung klar festzulegen, der erste Finanzminister Ludwigs XVI., der einzige einseitige, leidenschaftliche, aber Reformen einleitende, nachher des Königs, der zu seinem Unglück auf seinen Minister nicht hören wollte, solange es noch Zeit war. Turgot, der hervorragende Vertreter des Physiokratismus, hatte, bevor er beim Regierensantritt Ludwigs XVI. Minister wurde, als Intendant in Limoges e durch seine humane und erfolgreiche Verwaltung von sich reden gemacht. Minister geworden, wollte er die völlig unhaltbar gewordenen finanziellen Verhältnisse gründlich reformieren. Sein Grundmaß war aber auch keine Milderung so allfällig:

„Seine neuen Steuern, seine neuen Auflagen!“
Er war einer der wenigen, die die wirkliche Lage Frankreichs kannten und suchten, auf welche Weise allein dem vom Vortritt drohenden Staatsbankrott zu helfen sei. Aber kein aufichtiges Wollen, keine tiefen Einsichten und keine hervorragende Staatskunst waren nicht imstande, den selbstmörderischen Widerstand der privilegierten Schichten zu überwinden. Die Stimme des Weisheit als bei dem im Grunde gutmütigen, aber doch unerschütterlichen und auch nicht sehr einflussreichen Ludwigs XVI. mehr

als die seines Ministers.
Nicht weniger interessant als eine Erinnerung an die Persönlichkeiten Turgots ist auch eine Rückschau auf die Verhältnisse in Frankreich am Vorabend seiner großen Umwälzung. Die Geschichte dieser Revolution wird ja immer noch geschrieben. Die Forschungen über dieses Ereignis, das bis zum heutigen Tag fortwirkt, sind noch keineswegs abgeschlossen, und selbst in einer unvollständigen Zeit wie der unseren gibt es in Frankreich mehrere Zeitschriften und Zeitschriften, die sich ausschließlich mit der Darstellung bestimmter Teilfragen der Revolution befassen. In den „Annales Historiques de la Revolution française“ widmet der bedeutendste Historiker Albert Mathiez der

Rege des Proletariats zwischen 1780 und 1790 eine umfassende Studie. Gewöhnlich spricht man von einem Proletariat erst seit dem Aufkommen des Fabrikarbeits nach etwa hundert Jahren und betrachtet die Revolution von 1789 als den Kampf des aufsteigenden Bürgertums und seiner Ideen von der Volkssouveränität und den Menschenrechten mit dem Feudalismus, dessen Zeit abgelaufen war. Genauer aber, wie die große Rolle der politischen Ideen in dieser Revolution bestritten werden. Dabei außer acht gelassen werden, wieviel die unhaltbare soziale Struktur in Frankreich durch den großen, die historisch notwendig gewordenen Auseinandersetzung zu beschleunigen und

zu verwickeln. Ganz Frankreich zählte vor 1789 27 400 000 Einwohner. Auf Grund jostatistischer Statistiken rechnet Mathiez zum Proletariat nicht weniger als 10 bis 11 Millionen Menschen, also mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Die Zahl der unteren Klassen war also schon fast die Hälfte der Bevölkerung. Das 18. Jahrhundert hatte sich schon fast mit Statistik befüllt. Beim Generalzensus gab es schon seit 1716 ein Bureau, wo die Ausfuhr und die Einfuhr registriert wurden. Dieser hatte während seines ersten Ministeriums die Einrichtung eines statistischen Amtes, um die Steuererträge, das Aufkommen der verschiedenen Steuern, das Verhältnis ihres Ertrages zum Bevölkerungszustand, die Steuerhöhen für die wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Veränderung der Bevölkerung und die wichtigsten Einzelheiten einmündig feststellen zu können. Dieser kam nicht dazu, diesen Plan zu verwirklichen. In seinem nach seinem Tode veröffentlichten Werk über die französischen Finanzen gibt er statistische Angaben über

die schwere Krise der Monarchie.
Er stellt darin fest, daß sich die Zahl der Vorwahlen und Privilegierten, also der Nicht-Steuerpflichtigen, außerordentlich vermehrte, was natürlich eine Überbelastung der unteren Schichten zur Folge hatte. Mit der Erneuerung der Privilegierten nahm die Ungleichheit der Vermögens dauernd zu. In einem bemerkenswerten Abzug seines Werkes entwirft er bereits das Bild des absterbenden Regimes. Der schlechte Stand der Finanzen, so führt er weiter aus, hat den König gezwungen, zu unbedeutenden Anleihen auszuweichen, und diese Nummernscheine hat nicht nur das Vermögen der Rentiers, sondern auch die allgemeine Ungleichheit vermehrt.

Das Ende der unteren Schichten war im dauernden Wachsen begriffen. Alljährlich wurden

Schwege war die Mühle einer Wägebühse Kolonialwarenfirma, von der mehrere Male in der Woche die Einnahmen abgeholt wurden. Vater und Sohn kamen nun überein, den Geldtransport zu überflüssigen, änderten sie eine Steuerliche Fahrt mit dem Angestellten der Firma. Wenige Tage darauf führten sie ihren Plan aus. Auf der nach Wägebühse führenden Straße erhielt der Angestellte plötzlich den Gottlob Schmidt mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er das Bewußtsein verlor. Als er wieder zu sich kam, hörte er den Sohn rufen:

„Noch einen Schlag, er muß sich noch“, worauf der Angestellte voller Desorientierung bat. Die Later, die nun befehligen mußten, erbeutet zu werden, stürzten ebenfalls mit dem erbeuteten 3200 RM. Sie fuhren zunächst nach Rastenburg. Hier fand der Sohn Eingang in nationalsozialistische Kreise, in denen er sich für einen Baron von Graefe ausgab und den fiktiven Namen markierte. Als der Vater Wind davon erhielt, daß seine und seines Sohnes Verhaftung bevorstand, flüchtete er aus Rastenburg und landete schließlich in Wien. Von hier aus schrieb er an einen Stahlblechfabrikanten in Wägebühse, den er mit „Herr Dr. G.“ unterzeichnete und der in die Hände der Polizei gelangte. Gottlob Schmidt war lange Zeit hindurch

Sturmtruppführer des Stahlblechs in Wägebühse

Durch den Brief ließ die Polizei sehr bald den Aufenthaltsort des Vaters ermitteln und verhaftete ihn im Odbahnhof der Heilsarmee. Der Sohn, der in Rastenburg festgenommen worden konnte, hatte vor der Polizei keine richtigen Vernehmungen erdulden, sondern ist absichtlich war, den Angestellten zu töten und das Auto und die Leiche Johann in Brand zu setzen, um so alle Spuren zu verwischen.

Freispruch im Prozeß Bauer

Im Prozeß Bauer wurde gestern das Urteil gefällt. Bauer wurde freigesprochen. Nach zwoelftägiger Beratung der Geschworenen verurteilte der Obmann um 11 Uhr abends unter ungeheurer Spannung das Verdict. Die Schulfrage auf Raubmord wurde mit sieben Stimmen ja und sechs Stimmen nein beantwortet. Die Schulfrage auf Brandstiftung wurde mit gleichem Stimmenverhältnis verneint. Die Frage auf unerlaubten Waffenbesitz wurde einstimmig bejaht. Auf Grund dieses Urteils verurteilte der Vorsitzende des Freispruches, das Vergehen des unerlaubten Waffenbesitzes wurde als verjährt erklärt. Im Publikum wurden Hoß- und Hainz laut. Der Staatsanwalt stellte feierlich fest: Bauer wurde noch einige Zeit im Gefängnis zurückgehalten, bis sich die Menge in und vor dem Gerichtssaal verlaufen hatte.

Immer wieder Erdbeute

Der Gebrauch der Rüstung im Konton Kern wird immer bedrohlicher. Die abstrusen Erdmassen sind in rasche Bewegung geraten und bis an die Grenzen der Welt herangekommen. Es ist die dort befindliche Feindbarriere. Handhabt sie noch ungenügend. Ein Durchbruch zur Bildung eines Staates führen und damit erste Gefahren für die benachbarten Dörfer schaffen. Einige Häuser sind bereits zerstört worden.
Ein anderer Gebrauch am Altkonton See hat ein Wägebühse zerstört und seinen größeren Teil in den See gestürzt.

Urteil im Stader „Hexenprozeß“

Im Hexenprozeß beurteilte das Gericht am Montagabend wegen gemeinschaftlicher Brandstiftung der Angeklagten Ziehmeyer zu drei Jahren Zuchthaus, den Angeklagten Weber zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus. Neben Angeklagten wurde die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

Herbert Urban hatte zufließen. Der Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Weißensee hat die Anklage gegen Urban, sich habend der Verhelfe bei der Ermordung des Direktors Schmolzer vom Mercedes-Palast in Neustadt begeben, nicht als erwiesen angesehen. Er konnte ihm nachgewiesen werden, daß er keine Angaben bei erlunden hatte, um einen Bruder Urban zu entlasten. Karl Urban hat im übrigen die Tat gestanden.

Wägebühse Land- und Stadtbewölkerung ein Vergleich

bestand. Eine nur geringfügige Steigerung des Gebrodespreises mußte die Massen in unangenehme Lagen stürzen. Die Ursachen aber, die zum Untergang der Monarchie führen sollten, waren noch mehr die in ungenügendem geschäftlichen Staatsfinanzen, die den sozialen Eifer entarten ließ und den Staatsgläubigern einen unerhörten Einfluß einräumte, die immer schwereren Steuern, die Überbevölkerung und das fehlen eines politischen Ausgleichsmittels, eines Parlaments. Referat Angaben sind von anderer Seite nachgeprüft und als richtig befunden worden.

Von den rund 27 Millionen Einwohnern waren ungefähr dreizehn Millionen unterhaltungsbedürftig, also mehr als ein Drittel der ganzen Bevölkerung war auf die Armen- und öffentliche Wohlfahrtsanstalten angewiesen. Das Proletariat in den Städten betrug man auf sechs Millionen, wobei nur die Grundrente berücksichtigt sind. Im Jahre 1787 gab es in Paris mehr als 300 000 unterhaltungsbedürftige. Drei Jahre nach dem der letzten Ernte von 1788 und infolge der durch die Revolution bedingten Produktionsunterbrechung (wenn es Arbeitslosigkeit immer weiter an)

